



SPD



Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 21.11.2014

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 10 / 2014

Mein mitbringer!

Ostfriesland ist für mich die schönste Region Deutschlands - diese Aussage aus meinem Mund wird niemanden überraschen.

Wenn Ihr meinen Newsletter lest, werdet Ihr feststellen, dass ich in den vergangenen Wochen wenig in Ostfriesland war. Deshalb wollte ich diesen Umstand bei meiner Rede im Deutschen Bundestag am vergangenen Freitag nochmal ausdrücklich feststellen.

Umso schöner war es, dass Ostfriesland in der letzten Woche nach Berlin kam - im Reichstag fand der traditionelle Parlamentarische Abend statt, bei dem Ostfriesland und Bayern gemeinsam aufstischen. Ich berichte in diesem Newsletter ferner ausführlich von meiner Delegationsreise nach Kanada und meinem Treffen mit Ex-US-Vizepräsident Al Gore.

Ich wünsche viel Spaß
beim Lesen !



Bundshaushalt 2015

Mehr Geld für die ländlichen Räume

Der Bundshaushalt 2015 wird zwar erst in der kommenden Woche formell beschlossen, aber mit der sogenannten Bereinigungssitzung, die am vergangenen Donnerstag stattfand, stehen bereits alle Beschlüsse fest.

Mir war bei den Verhandlungen wichtig, dass die Mittel für den Küstenschutz stabil bleiben und dass wir mehr Geld für die ländlichen Räume bekommen. Beides ist gelungen. Für den Küstenschutz stehen seitens des Bundes wie immer 600 Mio. Euro zur Verfügung.

Zusammen mit den Mitteln der Bundesländer gibt es also weiterhin 1 Milliarde Euro für den Küstenschutz. Zusätzlich stellen wir 20 Millionen Euro für den Hochwasserschutz an Flüssen bereit. Bund und Länder wollen gemeinsam Flüsse renaturieren und Polder anlegen.

Diese Mittel wollen wir in den nächsten Jahren aufstocken. Ganz neu ist das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung.

Neben der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) geben wir hier jedes Jahr zusätzlich 10 Millionen Euro für Modellprojekte ländlicher Entwicklung aus.

Der Bund darf außerhalb der Gemeinschaftsaufgaben nur Modellprojekte fördern; dafür sind 10 Millionen eine ganze Menge. Diese Modellprojekte sollen nützliche Ansätze für die Weiterentwicklung der GAK zur Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung liefern. Mit der Weiterentwicklung der GAK wollen wir im Frühjahr 2015 starten.

Das sind unsere wichtigsten Projekte im für mich so wichtigen Einzelplan Landwirtschaft.

In Sachen Energie und CETA um die halbe Welt

Teil 1 - Montreal und Ottawa

Vom 26. bis zum 30. Oktober war ich zusammen mit einigen Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Energie in Kanada. Erstes Ziel der Reise war Montreal. Nach zwei Tagen ging es dann weiter nach Ottawa.

Themenschwerpunkte dieser Delegationsreise waren das Wirtschafts- und Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union (CETA) sowie die Perspektiven für eine stärkere Zusammenarbeit im Energie- und Rohstoffsektor.

Die Delegation führte hierzu Gespräche in Montreal und Ottawa - unter anderem mit Vertretern der Firmen Bombardier, Hapag-Lloyd und WECO. Ferner führten wir Fachgespräche mit kanadischen und deutschen Wirtschaftsvertretern und Politikern und besuchten eine Windmesse.

Anders als in Europa (und insbesondere in Deutschland) wird das CETA in Kanada nur von einer kleinen Minderheit kritisch gesehen.

Es spielt bisher auch im nahenden Parlamentswahlkampf keine Rolle. In den Gesprächen wurde deutlich, dass man dort in CETA keine „Blaupause“ für das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sieht. Stattdessen wurden die gemeinsamen Werte Kanadas und der EU betont.

Nach fünf aufregenden Tagen voller Termine von morgens bis spätabends verließ ich dann meine Kolleginnen und Kollegen aus dem „German Bundestag“ und flog alleine weiter nach New York, um dort auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) an einer Veranstaltung teilzunehmen - ebenfalls zu den Themen CETA, Klimaschutz und zur Energiewende.



Johann Saathoff (SPD), Klaus Ernst (Die Linke), Dr. Herlind Gundelach (CDU/CSU), Andreas Lämmel (CDU/CSU), Dr. Peter Ramsauer (CDU/CSU), Andrea Wicklein (SPD), der deutsche Botschafter Werner Wnendt und Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) (v.l.)



Shake Hands mit dem sozialdemokratischen Kollegen aus dem kanadischen Unterhaus, Don Davies (li.)

Fortsetzung auf Seite 3



Zum Gedenken an den am 8. Oktober 2014 in Ottawa am War Memorial getöteten Soldaten legte die Delegation dort Blumen nieder.



Trotz des sehr eng getakteten Programms gab es kurze Momente für Erinnerungsfotos - links vor dem Parlament in Ottawa und rechts vor einem Totempfahl

In Sachen Energie und CETA um die halbe Welt

Teil 2 - New York

In New York fand am Freitagvormittag ein Expertengespräch mit ca. 20 internationalen Teilnehmern statt. Bei diesem Gespräch hielt ich eine Rede zum Klimaschutz und zur Energiewende aus der deutschen Perspektive.

Im Anschluss daran hatte ich die Gelegenheit für ein exklusives Gespräch mit dem ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Al Gore. In diesem Gespräch ging es um die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland und deren Übertragbarkeit auf andere Länder, insbesondere die USA, aber auch um den Klimaschutz.

Anschließend fand ein gemeinsames Essen statt. Ich hatte die Möglichkeit, bei dieser Veranstaltung eine Frage in der Öffentlichkeit an Al Gore zu stellen.

Er hat die Übertragbarkeit der Energiewende auf die USA klar bejaht und ausgedrückt, dass er Deutschland um den bereits gewonnenen Vorsprung beneidet.

Auf meine Nachfrage, ob er sich auch den Atomausstieg in den USA vorstellen könne, sagte Al Gore, er könne sich keinen weiteren Zubau vorstellen. Die Abschaffung würde sich dann in den USA mit den Jahren „von selber“ ergeben.

Im Anschluss ging es dann mit ganz vielen neuen Eindrücken aus Nord-Amerika zurück nach Ostfriesland.

Fazit: Für mich war die gesamte Reise sehr wichtig, um einen direkten Einblick sowohl in die kanadische als auch die US-amerikanische Sicht auf die Energiepolitik zu erhalten.



Johann Saathoff, Al Gore (ehem. US-Vizepräsident), Dennis Bevington (Mitglied des kanadischen Parlaments - mit Pilsmer Leuchtturm an Revers!) und Joseph Cari (Vorsitzender des World Policy Instituts) (v.l.)

Gespräch mit dem neuen EU-Verbraucherschutzkommissar in Brüssel

Eine weitere Reise - initiiert von der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft in der SPD-Bundestagsfraktion - führte mich nach Brüssel. Dort hatte ich Gelegenheit, mit dem neuen EU-Verbraucherschutzkommissar Vytenis Andriukaitis über die europäische Verbraucherschutzpolitik der nächsten fünf Jahre zu sprechen. In dem Gespräch mit Kommissar Andriukaitis ging es auch um das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. Hierbei waren mir die auf der zuvor stattgefundenen Delegationsreise nach Kanada und die USA gewonnenen Erkenntnisse natürlich ausgesprochen hilfreich.

Andriukaitis und ich waren uns einig, dass es in dem Abkommen nicht zu einer Absenkung von Lebensmittelstandards kommen dürfe. Ich machte darüber hinaus deutlich, dass ich die vom Umweltausschuss des Europäischen Parlaments angestrebte Lösung für ein sog. „Opt-Out“ bei der Zulassung gentechnisch veränderten Saatgut unterstütze.

Der Umweltausschuss hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten frühzeitig beantragen können, dass bei Ihnen kein gentechnisch verändertes Saatgut angebaut werden darf.

Dadurch bekommen die Mitgliedstaaten meiner Meinung nach eine Handhabe, sich aktiv gegen den Anbau von GVO-Saatgut entscheiden zu können.

Auf dem Programm standen neben dem Gespräch mit dem Kommissar auch Treffen mit einem deutschen Vertreter im Kabinett des neuen Agrar-Kommissars Hogan, dem europäischen Verbraucherschutzverband und den SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl, Ulrike Rodust und Matthias Groote.



Der neue EU-Verbraucherschutzkommissar Vytenis Andriukaitis (li)

Steinmeier und Koenders regeln Ems-Verkehr

Am Freitag, dem 24. Oktober, habe ich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und den niederländischen Außenminister Bert Koenders auf einer grenzüberschreitenden Fahrt mit einem Schiff der Küstenwache von Emden durch die Emsmündung ins niederländische Delfzijl begleitet.

Anlass dieser Überfahrt war die Unterzeichnung eines Vertrages, der Genehmigungs-Zuständigkeiten in der Außenems regelt. Die Vertragsunterzeichnung bedeutet einen Schlusstrich unter einen alten Konflikt zwischen Deutschland und den Niederlanden.



Johann Saathoff, Bernard Meyer (Mitte, Meyer Werft) und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD)

Durch den Vertrag können Investitionen und Wachstum in der Region gefördert werden, indem der Schifffahrt, Windparkbauern und der Hafenindustrie pragmatische Lösungen geboten werden. Für mich hat der Vertrag vor allem eine klarstellende Bedeutung. Es geht nicht um weitreichende Veränderungen, sondern um die vertragliche Festschreibung des Status Quo.

Für Ostfriesland und den Emdener Hafen kann der Schiffsverkehr ungehindert weitergehen. Ich freue mich, dass die deutsche Verkehrszentrale an der Knock weiterhin für die Regelung des Verkehrs zuständig ist und nun eine linienbasierte Abgrenzung von Genehmigungszuständigkeiten zum Bau von Rohrleitungen, Seekabeln und Windenergieanlagen im Bereich von drei bis zwölf Seemeilen geregelt ist. Angesichts der bis dato ungeklärten Grenzfrage hätte nämlich der Offshore-Windpark Riffgat der EWE beinahe nicht gebaut werden können, da er in dem umstrittenen Seegebiet liegt.

Das Treffen von Steinmeier und Koenders war gleichzeitig auch der Antrittsbesuch des neuen niederländischen Außenministers. Ich sehe den Vertrag und den Besuch von Bert Koenders als Zeichen der freundschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands und der Niederlande, die derzeit durch die Diskussion um die Pkw-Maut einen gewissen Schaden nimmt.

Solidarität mit den Enercon-Betriebsräten

„Unser Angebot an Enercon steht noch“, das habe ich bei unserem Gespräch mit Enercon-Betriebsräten und der IG Metall deutlich gemacht. Mein SPD-Landtagskollege Wiard Siebels und ich sind jederzeit bereit, zwischen den Betriebsräten und der Geschäftsleitung zu vermitteln, denn wir wollen, dass Enercon sich weiter positiv entwickelt.

Enercon hat in Ostfriesland eine große Bedeutung. Noch größere Bedeutung und eine längere Tradition hat allerdings VW, wo die betriebliche Mitbestimmung einen ganz anderen Stellenwert genießt.

Die Betriebsräte haben uns wiederholt unhaltbare Zustände geschildert. Von Schikanen, Abmahnungen und Versetzungen wurde uns berichtet.

Das Betriebsverfassungsgesetz wird bei Enercon offensichtlich sehr stark strapaziert. Eine Kultur der Zusammengehörigkeit scheint es hier nicht zu geben. Ich bin der Meinung, darauf kann ein Unternehmen auf Dauer nicht verzichten. Bei Enercon wird viel Energie unnützlich verschwendet, die vielleicht an anderer Stelle deutlich besser eingesetzt werden könnte.

Aber für einen konstruktiven Dialog ist es nie zu spät. Wir werden keiner Diskussion ausweichen. Enercon muss sein Betriebsklima irgendwann verbessern. Auf Dauer wird die negative Berichterstattung dem Unternehmen schaden. Enercon hat noch viel vor in den nächsten Jahren, dafür brauchen sie auch viel Unterstützung. Bis dahin werden wir unsere Gespräche mit den Beschäftigten fortsetzen und bei der Geschäftsleitung auf ein Umdenken dringen. Die Betriebsräte sollen wissen, dass sie mit uns Fürsprecher an ihrer Seite haben.



Antrittsbesuch bei Bürgermeister Fredy Fischer in Großheide

Am Montag, dem 17. November 2014, waren mein SPD-Landtagskollege Wiard Siebels und ich zu Gast im Großheider Rathaus, zum Antrittsbesuch des neu gewählten Bürgermeisters der Gemeinde Großheide, Fredy Fischer.

Fredy Fischer ist seit zwei Wochen im Amt und wir hatten genügend Zeit, uns über verschiedene Themen auszutauschen.

Wiard Siebels und ich beglückwünschten Fredy Fischer zu seiner Wahl und sagten ihm eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu. Diese hatten Wiard Siebels und ich bereits mit Fischers Vorgänger, Theo Weber, gepflegt und bekräftigten gegenüber Bürgermeister Fischer noch einmal unsere Unterstützung für seine Arbeit.

Diese Besuche machen wir sehr gerne, da sie immer eine schöne Möglichkeit bieten, Vorhaben und Themen aus der Bundes- und Landespolitik im Wahlkreis rückzukoppeln.

Bürgermeister Fischer betonte, dass er parteineutral nach besten Wissen und Gewissen seine Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger von Großheide treffen werde.

Dorferneuerung, die Situation der Großheider Grundschulen und der Friederikenschule sowie die

Arbeit des Großheider Jugendparlaments gehörten zu den besprochenen Themen. Abschließend waren wir uns alle einig, dass wir das Gespräch nicht beenden, sondern nur unterbrechen, denn den konstruktiven Dialog wollen wir fortsetzen.

Viele Themen, die in Berlin und Hannover eine Rolle spielen, haben Auswirkungen vor Ort in den Kommunen, deshalb ist meiner Erfahrung nach die regelmäßige Kommunikation sehr wichtig.



Der SPD-Landtagsabgeordnete Wiard Siebels, Bürgermeister Fredy Fischer und Johann Saathoff (v.l.) vor dem Rathaus in Großheide.

50 Ostfriesen auf politischer Bildungsfahrt in Berlin



Auch die dritte politische Bildungsfahrt nach Berlin im Jahr 2014 - organisiert durch das Bundespresseamt - war ein großer Erfolg. Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch des Hauses der Wannsee-Konferenz, eine Führung durch das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst sowie eine Führung durch das Bundeskanzleramt. Höhepunkt - nicht nur unter architektonischen Gesichtspunkten - war der Besuch des Reichstagsgebäudes.

Ostfriesland bittet im Reichstag zu Tisch

Ostfriesen und Bayern tischten gemeinsam im Bundestag in Berlin auf und haben bei einem Parlamentarischen Abend auch für die Region Ostfriesland geworben.

Der Initiator dieser traditionellen Veranstaltung ist der Norder Schlachtermeister Enno Appelhagen. Das Regionalmarketing Norder Fleisch, der Fleischerverband Bayern und der Club der bekennenden Fleisch- und Wurstesser servierten Deftiges aus ihrer Heimat.

„Unser Ziel ist es, regionale Produkte zu fördern und dabei den ländlichen Raum in den Fokus zu setzen“, sagte Enno Appelhagen. Schirmherrin der Veranstaltung war die Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, Edelgard Bulmahn. Die Hannoveranerin hatte sehr gern die Schirmherrschaft für den Abend übernommen und in ihrer Ansprache von den Hausschlachtungen in ihrem Elternhaus berichtet.

Bei den ehemaligen und neuen Bürgermeistern aus Ostfriesland, Bundestagsabgeordneten sowie Medienvertretern warben Appelhagen (Regionalmarketing Norder Fleisch) und Reiner Alberts (Club der bekennenden Fleisch- und Wurstesser) gemeinsam mit ihren Kollegen aus Bayern bei den rund 200 Gästen für ihr Anliegen und für regionale Produkte. Und natürlich kamen auch die Gespräche nicht zu kurz. Bei Grünkohl mit Pinkel oder bayrischen Brotzeitspezialitäten wurde in ungezwungener Atmosphäre diskutiert.

Ich nahm mir die ostfriesische Freiheit heraus und begrüßte die Gäste im Reichstag auf Platt, reichte aber für alle nicht-kundigen Gäste eine Übersetzung nach. Ich machte deutlich, dass es für mich eine große Freude ist, den Abend nun selbst als Abgeordneter des Bundestages ausrichten zu können, da ich schon so oft als Bürgermeister der Gemeinde Krummhörn zu Gast war.

Der Abend war wie immer eine tolle Werbung für Ostfriesland und ist mittlerweile eine Institution im Deutschen Bundestag. Ferner war es mir gelungen, kurzfristig Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt für den Abend zu gewinnen. Schmidt fühlte sich bei dieser bayerisch-niedersächsischen Kooperation sichtlich wohl und nahm die Krawatte des Clubs der bekennenden Wurst- und Fleischesser gern entgegen.

Er ließ es sich auch nicht nehmen, in einem Grußwort die fleischverarbeitenden Handwerksbetriebe in Deutschland und die Organisatoren des Abends für ihre hervorragende Arbeit zu loben.

Enno Appelhagen und Reiner Alberts zogen am Ende der Veranstaltung ein positives Fazit: „Im vergangenen Jahr wurde uns durch die lang andauernden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und der SPD ein Strich durch die Rechnung gemacht. Aber in diesem Jahr haben wir uns umso deutlicher in Berlin Gehör verschaffen können“, meinten sie.



Enno Appelhagen, Michael Rüter, Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn (SPD), Johann Saathoff und Reiner Alberts (v.l.)

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann